

Stefan Schick

Die energetische Nutzung von Biomasse im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB – Gesetzliche Vorgaben und Verwaltungspraxis

Regensburger Beiträge zum Staats- und Verwaltungsrecht

Herausgegeben von Gerrit Manssen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	v
Inhaltsübersicht.....	vii
Inhaltsverzeichnis.....	ix
Abkürzungsverzeichnis.....	xv
Kapitel 1 Die Verwaltungspraxis als potenzielles Umsetzungshemmnis politischer Zwecksetzung.....	1
A. Bioenergie als effizientes Substitut fossiler Brennstoffe.....	2
B. Mögliche Hintergründe der restriktiven Handhabung durch die Verwaltungspraxis.....	3
C. Gegenstand der Untersuchung.....	5
Kapitel 2 Technische Grundlagen der Biogaserzeugung.....	7
A. Chemische Beschaffenheit des Biogases.....	7
B. Aufgliederung des Fermentationsprozesses.....	7
C. Anlagenumfang und Umsetzung der Biogaserzeugung.....	9
D. Relevante Absatzformen des erzeugten Biogases.....	10
Kapitel 3 Anlagen- und betriebsspezifische Tatbestandsvoraussetzungen gem. § 35 Abs. 1 Nr. 6 Hs. 1 BauGB.....	13
A. Biomassespezifische Anforderungen an den Betrieb.....	13
I. Verhältnis von Pacht- zu Eigentumsflächen.....	14
II. Ausschließliche Erzeugung von Biomasse.....	15
B. „Energetische Nutzung von Biomasse“.....	16
I. Beurteilung des bauplanungsrechtlichen Biomassebegriffs.....	16
1. Wortbedeutung des Begriffs Biomasse.....	18
2. Einordnung des bauplanungsrechtlichen Biomassebegriffs in den bestehenden Normkontext.....	19
3. Interpretation einer potenziellen gesetzgeberischen Zwecksetzung in Richtung einer Gleichsetzung der Begriffsbedeutungen.....	22
4. Erfordernis eines weiten bauplanungsrechtlichen Begriffsverständnisses.....	24

II. Anforderungen an eine „energetische Nutzung“	27
1. Aspekte des Normwortlauts	27
2. Aspekte der Gesetzssystematik	29
3. Geschichtlicher Hintergrund der Novellierung.....	33
4. Parlamentarische Zwecksetzung.....	35
a) Abschließender Charakter des § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB.....	39
b) Biogaserzeugung als landwirtschaftliche Nutzung im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB.....	40
(A.) Begriff der Landwirtschaft.....	41
(B.) Prägung durch die Bodenertragsnutzung	42
(I.) Abgrenzung zur mitgezogenen Nutzung.....	42
(II.) Übertragbarkeit auf die Biogaserzeugung.....	43
(III.) Landwirtschaftlicher Strukturwandel.....	45
(IV.) Steuerrechtliche Abgrenzung	46
(V.) Vorgang der Gasaufbereitung.....	47
(VI.) Positive Beurteilung der unmittelbaren Bodenertragsnutzung	48
(C.) Verwendung überwiegend eigener Ausgangsstoffe.....	48
(D.) Ergebnis.....	49
c) Biogaserzeugung als Betrieb der öffentlichen Gasversorgung	49
(A.) Tatbestandliche Voraussetzungen.....	49
(B.) Übertragbarkeit auf die Biogaserzeugung	50
(C.) Rechtsprechung zur Ortsgebundenheit.....	54
(D.) Ausschluss der Privilegierungsmöglichkeit nach § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB.....	57
d) Biogaserzeugung als privilegiertes Vorhaben im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB.....	57
(A.) Tatbestandliche Voraussetzungen.....	57
(B.) Übertragbarkeit auf die Biogaserzeugung.....	59
(I.) Vorliegen eines umgebungsspezifischen Merkmals	59
(II.) Ausschließlicher Außenbereichscharakter	61
(III.) Wertende Betrachtung	62
(IV.) Übertragung der Rechtsprechung zur Ortsgebundenheit	65
(C.) Ergebnis.....	66
e) Erweiterung der Privilegierungsalternativen	66
5. Einordnung separater Biogasherstellung als nicht energetische Nutzungsform.....	67
III. Ergebnis.....	67

IV. Abweichungen zwischen rechtlichen Vorgaben und Verwaltungspraxis	67
C. Das Merkmal des rahmensetzenden Betriebs.....	69
I. Darstellung der Auslegungsvarianten	69
II. Klärung der Rechtslage durch das Bundesverwaltungsgericht.....	71
III. Belieferung der Biomasseanlage als ausschließlicher Betriebsgegenstand des Basisbetriebs.....	72
IV. Maßgeblicher Einfluss des Basisbetriebsinhabers im Fall der Beteiligung privilegierungsfremder Dritter	73
V. Abweichungen zwischen rechtlichen Vorgaben und Verwaltungspraxis.....	79
Kapitel 4 Der räumlich-funktionale Zusammenhang mit dem Betrieb nach § 35 Abs. 1 Nr. 6 a BauGB	85
A. Erforderlichkeit hinsichtlich der Beurteilung von Kooperationsbetrieben.....	85
B. Räumlicher Zusammenhang mit dem Betrieb.....	87
I. Anknüpfungspunkt der Beurteilung.....	87
II. Erforderlicher Umfang des Näheverhältnisses.....	91
C. Funktionaler Zusammenhang mit dem Betrieb.....	93
D. Abweichungen zwischen rechtlichen Vorgaben und Verwaltungspraxis	94
Kapitel 5 Anforderungen an die Herkunft der Biomasse gem. § 35 Abs. 1 Nr. 6 b BauGB	97
A. Relevante Betriebstypen im Fall eines Kooperationsbetriebes.....	97
I. Beurteilung einer im Innenbereich situierten Hofstelle	97
II. Erforderlichkeit der Mitbetreibereigenschaft des Zulieferbetriebs	99
III. Bewertung anhand der Eigenschaft als Eigentums- oder Pachtfläche.....	99
IV. Relevanz sogenannter Scheinzulieferbetriebe.....	101
B. Bedeutung des Merkmals „überwiegend“.....	103
I. Umfang des Mindestbeitrages des Basisbetriebs	103
II. Festlegung der entscheidungserheblichen Maßzahl.....	104
C. „Aus nahe gelegenen Betrieben“.....	106
D. Anforderungen an die Glaubhaftmachung im behördlichen Genehmigungsverfahren	109
E. Abweichungen zwischen rechtlichen Vorgaben und Verwaltungspraxis	110

Kapitel 6 Begrenzung der Anlagenzahl gem. § 35 Abs. 1 Nr. 6 c BauGB	113
A. Der Begriff der Hofstelle	113
B. Bedeutungsgehalt des Merkmals „Betriebsstandort“	115
C. Sonderproblem Kooperationsanlage	115
D. Kumulation von Anlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB und § 30 Abs. 2 BauGB.....	117
E. Überschreiten der Grenze zwischen Innen- und Außenbereich	118
F. Abweichungen zwischen rechtlichen Vorgaben und Verwaltungspraxis.....	119
 Kapitel 7 Die Begrenzung der Anlagenleistung auf 0,5 MW entsprechend der Rechtslage vor Novellierung durch das Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden vom 22. Juli 2011	 121
A. Untauglichkeit der Bezugsgröße.....	122
I. Nachträgliche Leistungssteigerung durch Abgaswärmenutzung	124
1. Abgrenzung zwischen teleologischer Reduktion und teleologischer Extension.....	126
2. Vorliegen einer planwidrigen Regelungslücke	127
a) Vorliegen einer „Ausnahmelücke“	127
b) Planwidrigkeit der Ausnahmelücke.....	130
3. Ergebnis.....	131
II. Einhaltung der Leistungsgrenze durch Anlagendrosselung	131
III. Anwendbarkeit der Leistungsbegrenzung auf Anlagen der Gasdirekteinspeisung.....	133
B. Abschließender Charakter bezüglich leistungsstärkerer Anlagen	135
C. Abweichungen zwischen rechtlichen Vorgaben und Verwaltungspraxis	139
 Kapitel 8 Vorgaben für die Verwaltungspraxis	 143
A. Vorgaben im Hinblick auf den Umfang der nach Bauplanungsrecht zulässigen Biomasse.....	143
B. Vorgaben hinsichtlich der Privilegierung von Anlagen der Gasdirekteinspeisung.....	144
C. Vorgaben zur Beurteilung gesellschaftsrechtlicher Betreibermodelle.....	144
D. Vorgaben zur Beurteilung des räumlich-funktionalen Zusammenhangs mit dem Betrieb.....	145
E. Vorgaben für die Beurteilung landwirtschaftlicher Kooperationsbetriebe im Hinblick auf die Herkunft der Biomasse.....	145

F. Vorgaben zur Beurteilung der Begrenzung auf eine Anlage pro Hofstelle und Betriebsstandort	146
G. Vorgaben zur Beurteilung der installierten elektrischen Anlagenleistung.....	147
Literaturverzeichnis	149
Quellenverzeichnis.....	161